

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

13.6.1923 (No. 134)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karlsruher
Staats-Nr. 14
Verlagspreis:
Nr. 953
und 954
Verlagsort:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. D.
Karlsruhe.

Verlagspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigenpreis: 160 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifferter Diabatt, der als Kassenzahlung gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konsumverfahren fällt der Diabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kassenverweigerung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Marktgerichte.

Das Justizministerium hat nunmehr die Einziehung und Abhaltung von Marktgerichten an den wichtigsten Markorten und Tagen des ganzen Landes verfügt und erhofft hierdurch eine weitere Zurückdrängung der wucherischen Elemente beim Handel. Dieser Erfolg wird aber, wie bereits früher an gleicher Stelle ausgeführt, nur dann eintreten, wenn insbesondere die Verdränger mehr als bisher sich an dem Kampf gegen Wucherer und Schieber beteiligen und den Behörden und Staatsanwaltschaften alle Maßnahmen zur Kenntnis bringen, die auf unlautere und preistreibende Maßnahmen hindeuten.

* Englands europäische Mission.

Die britische Politik war vor 14 Tagen beim Rücktritt Lord Rams bei einem Wendepunkt ihrer historischen Entwicklung angelangt. Sie mußte sich entscheiden, ob sie weiterhin die unfruchtbare u. Englands Machtstellung beeinträchtigende Maxime der Neutralität beibehalten, oder ob sie wieder aktiv an der Gestaltung der europäischen Geschichte teilnehmen wolle. Das Kabinett Baldwin hat sich für das zweite entschieden.

Der britische Premierminister selbst stand offenbar schon von vornherein auf dem Standpunkt einer aktiven europäischen Politik. Noch vor der Kabinettsitzung hat er in Oxford öffentlich erklärt, daß für Europa der politische Kernpunkt ein unbedingtes Bekenntnis zur europäischen Einheit, zum europäischen Frieden und zu einer Mission Englands in Europa sei. Dieser Auffassung hat nun das Londoner Kabinett in seiner Gesamtheit zugestimmt.

Darüber hinaus ist aber bekannt geworden, daß auch die konservative Partei als solche in völliger Geslossenheit gewillt ist, diese Politik des Premierministers, der ja gleichzeitig der Parteiführer ist, mitzumachen. Der extreme rechte Flügel und die gemäßigten Elemente der Partei haben sich die Hand zum Bunde gereicht. Und es wird ausdrücklich versichert, daß auch die Diehards nicht daran dächten, Baldwin Schwierigkeiten zu machen.

Selbstverständlich wird aber diese Politik Baldwin auch von den Liberalen und Arbeiterpartei im wesentlichen gebilligt werden. In seiner Oxford Rede hat Baldwin betont, daß es die konservative Partei sei, die „das ganze System der demokratischen Regierung heute aufrecht erhalte, bis die im Fluß befindliche Meinung Englands sich kristallisieren kann, und die Grenzlinien der Partei klar sichtbar werden“. Der Grundsatz der Kontinuität wird in diesem Sinne ebenso unterstrichen, wie der Grundsatz der Demokratie. Letzteres erhält dann noch einen besonderen Wert durch eine andere Erklärung Baldwin, nämlich die, daß „keine konservative Regierung denkbar sei, die ihre Energie und ihre Aufmerksamkeit nicht darauf richte, ihr Bestes zu tun für die Wohlfahrt der britischen Arbeiterklasse“. Es ist ohne weiteres klar, daß derartige Äußerungen auch der Opposition gefallen müssen, zumal ja die außenpolitische Stellungnahme des Kabinetts den prinzipiellen Wünschen gerade dieser Opposition weit entgegenkommt.

Es hat sich eben gezeigt, daß heute in der Beurteilung der außenpolitischen Notwendigkeiten eigentlich alle Parteien Englands derselben Meinung sind. Wir verzeichnen das an dieser Stelle mit einer gewissen Genugtuung, weil wir schon seiner Zeit, als Lloyd George zurücktrat, die Pessimisten darauf hingewiesen haben, daß die Politik eines konservativen Kabinetts in Anbetracht der Traditionen dieser Partei auf die Dauer nicht franzosenfreundlich sein könne, daß vielmehr gerade ein konservatives Kabinett zu einer Politik der Größe verpflichtet sei, und daß eine solche Politik sich nach Lage der Dinge im Bunde mit Frankreich nicht durchführen lasse. Die Ereignisse haben dieser Meinung recht gegeben.

Denn, wenn auch bei den kommenden Verhandlungen das britische Kabinett, um die Entente und den Frieden Europas zu retten, in Einzelheiten Konzessionen machen wird, so wird es doch sicherlich von der Grundlage, die in der vorgestrigen Kabinettsitzung beschlossen worden ist, nicht abweichen. Die öffentliche Meinung in England würde ein solches Abweichen nicht verstehen

und nicht billigen, und die führende Persönlichkeiten des britischen Kabinetts scheinen auch nicht die Männer zu sein, denen man so ohne weiteres einen Umfall zutrauen kann.

Es sind weniger die Einzelheiten in den Beschlüssen des britischen Kabinetts, die den Auftakt zu einer aktiven europäischen Politik erkennen lassen, sondern die Grundauffassung und der Grundton dieser Beschlüsse. Denn hier wird nun zum ersten Mal in einem offiziellen Kabinettschluß der französischen Politik mit einem Nachdruck entgegengetreten, wie man ihn nicht einmal in den besten Tagen Lloyd Georges erlebt hat. Und zum ersten Male wird hier ganz offiziell von der Möglichkeit eines Bruches mit Frankreich gesprochen. Der Umstand aber, daß das britische Kabinett in den eigentlich strittigen Fragen, also in den Fragen der Beurteilung der neuesten deutschen Note und der Forderung nach vorheriger Beendigung des passiven Widerstands, einen Standpunkt vertritt, der dem der französischen Regierung völlig entgegengesetzt ist, dieser Umstand beleuchtet die ganze Situation doch aufs allerhellste.

Es ist zu begreifen, daß man in Paris die Empfindung hat, als ob man einen Schlag vor den Kopf bekommen hätte. Man ist konsterniert und enttäuscht. Denn man scheint faktisch in Paris geglaubt zu haben, England werde sich den französischen Forderungen unterwerfen, noch nachträglich die Ruhrpolitik Poincarés gutheißen und Deutschland im Bunde mit Frankreich vollends verewaltigen. Dieser naive Glaube ist durch die Beschlüsse des britischen Kabinetts zerstört worden.

Der Standpunkt, den die englische Politik in der im Augenblick aktuellsten Frage, der des passiven Widerstands einnimmt, ist an sich nicht unverständlich. England will zunächst mit den Alliierten über das Reparationsangebot als solches verhandeln. Ergibt sich eine Einigung, d. h. natürlich eine Einigung, die auch den Grundanschauungen der britischen Politik entspricht, so will die englische Regierung Vorstellungen bei der deutschen Reichsregierung erheben, damit sie dem System des passiven Widerstands ein Ende bereite.

Aus verschiedenen offiziellen Artikeln der letzten Zeit geht klar hervor, welches der Sinn dieses Satzes ist. England ist vollkommen davon überzeugt, daß man Deutschland das Abblasen des passiven Widerstands nicht zumuten könne, wenn man dem deutschen Volke nicht vorher gewisse Garantien darbietet, nämlich Garantien

dafür, daß nun auch Frankreich die militärische Besetzung des Ruhrgebietes aufhebt. Eine Einigung kann sich also die englische Regierung offenbar nur so denken, daß man dabei den vitalsten Ansprüchen Deutschlands gerecht wird. Praktisch würde der englische Vorschlag darauf hinauslaufen, daß der passive Widerstand einseitig fortgesetzt wird, nämlich solange, bis eben jene Einigung unter den Alliierten zustande gekommen ist.

Diese Einigung wird auch dann ein überaus schweres Werk sein, wenn Frankreich unter dem Eindruck der englischen Kabinettsbeschlüsse etwas maßvoller und vernünftiger auftreten sollte. Denn die Alliierten haben nunmehr nicht weniger als vier Reparationsentwürfe zu beraten, nämlich den britischen, den italienischen, den belgischen und den deutschen. Frankreich hat einen offiziellen Vorschlag noch nicht unterbreitet, um sich alle Wege offen zu halten, wird aber natürlich bei etwaigen Verhandlungen Farbe bekennen und auch seinerseits mit einem Reparationsplan, dem fünften, herausrücken müssen.

Man erkennt aus alledem am besten, wie kompliziert und ernst die ganze Situation ist. Für Baldwin scheint das aber keine Abschreckung zu bedeuten. Denn er hat ja von vornherein auf die großen Schwierigkeiten des Reparationsproblems hingewiesen und erklärt, man müsse eben mit aller Zähigkeit und Energie dieser Schwierigkeiten Herr werden. Das Wichtigste ist im Augenblick, daß England sich endlich einmal der rasenden Torheit und Unbernnunft der französischen Politik entgegenstemmt. An Druckmitteln wird es der englischen Politik sicherlich nicht fehlen. U. a. konnte man in englischen Regierungsblättern dieser Tage lesen, daß England, wenn Frankreich durchaus keine Vernunft annimmt, die Reparationsfrage selbständig von sich aus, lediglich unter dem Gesichtswinkel britischer Interessen zu lösen versuchen wird, d. h. also doch wohl praktisch durch Sonderverhandlungen mit Deutschland. Und bezeichnenderweise wird jetzt auch aus Washington dieser Weg den europäischen Großmächten empfohlen.

Diese Sonderverhandlungen würden aber ganz von selbst Barrieren aufrichten, über die sich auch der Eigensinn Poincarés und seines nationalen Blocks nicht mehr hinwegsetzen kann. Die letzten Erziehungswahlen in Frankreich aber haben mit schweren Niederlagen für die Regierungsparteien geendet und den Parteien der Linken bedeutende Erfolge gebracht.

Poincarés Verbalnote an England.

Der französische Botschafter hat Montag nachmittag in London im Laufe einer zweistündigen Unterredung mit Lord Curzon der englischen Regierung den französischen Standpunkt in der Reparationsfrage dargelegt. Die Verbalnote Poincarés, die er überreichte, enthielt nach einer Neutermeldung eine Mitteilung, wonach Frankreich der Ansicht ist, daß es notwendig sei, daß vor Eröffnung etwaiger Reparationsbesprechungen unter den Alliierten die vier Mächte der Entente die deutsche Regierung in einer gemeinsamen Note auffordern müßten, auf den passiven Widerstand zu verzichten.

Demgegenüber ist nach Meuter der englische Standpunkt, daß zunächst eine Ausdrucksfrage unter den Alliierten über die Regelung der Reparationsfrage stattfinden müsse, bevor es nötig sei, einen derartigen gemeinsamen Schritt in Berlin zu unternehmen. Die belgische Regierung hat durch ihre Botschafter in London, Paris und Rom gestern gleichfalls einen Schritt unternommen, indem sie ebenfalls ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringt, die Reparationsfrage mit ihren Alliierten zu besprechen. Sie wiederholt die französische Anregung, einen gemeinsamen Schritt in Berlin zu unternehmen, um die Beendigung des passiven Widerstands herbeizuführen. Der englische Ministerpräsident erklärte im Unterhaus, daß die Regierung über die Reparationsfrage vorläufig nichts zu sagen habe und daß seine Mitteilung im Oberhaus durch den Außenminister vorgelesen sei. Obwohl antilige Kreise nach wie vor betonen, daß über den Stand der Besprechungen unter den Alliierten noch nichts Positives gesagt werden könne, sind unterrichtete Mitglieder der Regierungsparteien und englische Journalisten, die die Ansicht der Regierung zum Ausdruck bringen, viel offener in ihren Mitteilungen über eine Annäherung innerhalb der Entente. Ihre Äußerungen lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

Durch belgische Vermittlung ist es gelungen, Frankreich von der Notwendigkeit zu überzeugen, eine Reparationsregelung anzunehmen, die durchführbar ist und vernünftige Zahlen-

werte bringt. Obwohl die neuen Jahresraten keineswegs der erwarteten höheren deutschen Leistungsfähigkeit entsprechen, müssen sie für die nächsten Jahre als einigmaßen zuverlässiger Maßstab der deutschen Leistungsfähigkeit angesehen werden. Die Jahresrate von 1,2 Milliarden könne außerdem durch Sachlieferungsabkommen wesentlich ergänzt werden. Dieser Vorschlag verdiene daher durch einen Gegenvorschlag aller Alliierten beantwortet zu werden. Frankreich würde sich nur bereit erklären, an der Abfassung einer positiv gehaltenen gemeinsamen Antwort der Entente mitzuwirken, wenn England drei Vorbedingungen im wesentlichen zu erfüllen bereit ist:

1. Ausgangspunkt einer internationalen Reparationsbesprechung zur Vorbereitung einer gemeinsamen Antwort an Deutschland soll der von Poincaré entworfene Reparationsplan für die Pariser Januar-Konferenz sein. Frankreich ist aber bereit wesentlichen Änderungen an diesem Plan zuzustimmen, so daß aus den Beratungen ein neuer gemeinsamer Reparationsplan hervorgehen könne, der die Vorschläge des französischen Planes mit wichtigen Grundzügen des Bonar Law'schen Planes und Teilen des neuen deutschen Vorschlages verbindet. Der neue Reparationsplan der Entente werde in einigen Außerlichkeiten den französischen Wünschen Rechnung tragen, sein Kern wird aber den finanzpolitischen Grundzügen von Baldwin und Mac Kenna entsprechen.

2. England wird seine guten Dienste im Interesse eines Waffenstillstandes im Ruhrgebiet anbieten. Von London wird an Berlin die Anregung gegeben werden, daß das vom Rosenkommissariat erlassene Verbot, gegen Bezahlung an Frankreich Kohlen zu liefern, und die ausdrücklichen antiligen deutschen Streikbefehle an Beamte und Eisenbahner während der Verhandlungen außer Kraft gesetzt werden. Man erwartet auf englischer Seite, daß

ein solcher Waffenstillstand

Bestimmungen über die Räumung des Ruhrgebietes in kurzen Zwischenräumen nach Abschluß eines befriedigenden Reparations-

ationsabkommens enthalten wird, so daß die Deutsche Regierung darauf verweisen können, daß es ihr gelungen sei, durch ihre Verständigungsvereitschaft das Ende der Besetzung durch einen nahe Zeitpunkt vertraglich festgelegt zu haben.

England und Frankreich erklären sich bereit, auf der nächsten Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes sich auf einen gemeinsamen, allgemeinen Sicherungspakt und einen besonderen Sicherungspakt über die deutsch-französische Grenze zu einigen, deren Durchführung vom Völkerbund zu überwachen wäre. Zu diesem Zweck wird England den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangen, dem Frankreich keine Schwierigkeiten bereiten würde, nachdem eine Verständigung zwischen England und Frankreich über den Grundgedanke erfolgt ist, daß die Sicherungsfrage im Rahmen eines großzügigen Völkerbundsplanes garantiert werden soll.

Von englischer Seite wird dazu betont, daß die letzten Verhandlungen des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes in Genf in einer überaus günstigen Atmosphäre der Verständigung vor sich gegangen seien. Statt des unerbittlichen Diktums habe Frankreich in der Person des Vorsitzenden des Armeeausschusses der Kammer, Fabri, einen Vertreter entsandt, der mit gutem Willen und großem Geschick an einer englisch-französischen Verständigung über die Sicherungsfrage mitgearbeitet habe.

Englands Stellungnahme.

Die Ruhrbesetzung geräuschlos und unsichtbar.

Wie aus London gemeldet wird, erfolgt wahrscheinlich noch keine englische Regierungserklärung. Außer der Tatsache der diplomatischen Aussprache ist kein Fortschritt zu verzeichnen. Das Kabinett nahm die Grundzüge des übergebenen Memorandums Poincaré nicht an, dessen Kernpunkt das Aufgeben des passiven Widerstandes und die Ziffern des französischen Januarplans sind.

Die englische Regierung versucht zunächst festzustellen, ob Poincaré bereit ist, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, falls Deutschland in der Frage des passiven Widerstandes ein Komprimis einginge. Bisher lehnt Poincaré ab, doch meldet die "Times" daß außerhalb der französischen Regierung in Paris Kreise die Idee eines Waffenstillstandes an Boden gewinne. Ohne französische Zugeständnisse dürfte die englische Regierung keinesfalls die von französischer Seite begehrte Aufhebung nach Berlin richten, den offiziellen Widerstand aufzugeben, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die englische Regierung im Interesse des Zustandbringens von Verhandlungen Berlin auf diesen Punkt hinweisen wird, sobald die französische Regierung bereit ist, bei Zurückziehung der deutschen Ordonanzen das deutsche Memorandum als Basis einer Regelung anzuerkennen und die Ruhrbesetzung geräuschlos und unsichtbar zu machen.

Daneben ist von einem anderen Ausweg die Rede, daß alliierte Experten in Fühlung mit Deutschen über die Möglichkeit einer Regelung der Reparationsfrage beraten und daß, sobald dies erfolgreich gewesen ist, die englische Regierung Berlin auffordern würde, im Hinblick auf die sichere Lösung den offiziellen Widerstand einzustellen.

Wesens dieser kritischen Vorfrage ist lediglich als neu zu melden, daß die Belgier ihren neuen Plan offiziell der englischen Regierung überreichten.

Morgen italienische Antwort.

Es verlautet, daß die italienische Antwort auf die deutsche Denkschrift am Donnerstag zur Übergabe bereit sein wird. Betreffs des Inhalts vermutet man, daß sie die Betonung der in Mussolinis Senatsrede verkündeten Gesichtspunkte erneuert wird, daß die deutschen Vorschläge allzu sehr hinter den Erwartungen zurückbleiben, jedoch soll die italienische Antwort gleichzeitig zugeben, daß die geringere Steifheit der neuen deutschen Vorschläge den Weg zu einer Lösung erleichtere.

Von autoritativer Seite hört man, daß der Text der italienischen Antwort noch offen, wenn auch in den Grundzügen festgelegt sei. Jedenfalls werde Italien eine eigene Antwort abgeben, da eine gemeinsame ausgeschlossen und ungewissmäßig sei. Es scheint auch kein Schritt in Rom unternommen worden zu sein, um eine gemeinsame Antwort herbeizuführen. Auch die Übergabe der Antwort soll unabhängig von den Alliierten erfolgen.

Deutscher Reichstag.

Begina 2 Uhr nachmittags. — Die zweite Beratung des Reichsknappschaftsgesetzes wird fortgesetzt.

Herr Leopold (D. Natl.) ist mit den Grundzügen der Vorlage einverstanden, bezeichnet aber einige Ausschlußbeschlüsse als zu weitgehend. Der Reichstag hat sich auch über den von der paritätischen Kommission des Reichswirtschaftsrats aufgestellten Grundgedanken hinweggesetzt, daß im Vorstand des Selbstverwaltungsgörpers die Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber nicht vertreten sein sollen. Die Beiträge seien reichlich hoch angesetzt. In den Bestimmungen über das Rentenrecht ist der soziale Gedanke überspannt; diese dürften nur für Arbeiter unter Tage gelten. Die Rente müßte von 50 auf 30 Prozent herabgesetzt werden. Einem großen Teil der Deutschnationalen werde die Zustimmung nur durch die Annahme dieser Änderungen erleichtert werden.

Herr Walzahn (Komm.) kritisiert den komplizierte Aufbau und den schwerfälligen bürokratischen Apparat des deutschen Sozialversicherungswezens. Das Reichsknappschaftsgesetz mache wenigstens der Zersplitterung der Knappschaftslassen ein Ende. Viele Bestimmungen des Entwurfes seien aber wegen ihrer Arbeiterfeindschaft unannehmbar. Der Einfluß der Arbeitgeber sei viel zu groß nach den vorgeschlagenen Bestimmungen. Der Redner begründet verschiedene Änderungsanträge.

Unter Ablehnung aller deutschnationalen und kommunistischen Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschlußfassung in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf erfolgt auch die Annahme in dritter Lesung. Vor der Schlußabstimmung erklärt Herr Leopold (D. Natl.) die Mehrheit seiner Freunde werde nach der Ablehnung aller Änderungsanträge gegen die Gesamtvorlage stimmen. — Die Annahme erfolgt schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten und die Mehrheit der Deutschnationalen.

Am 16 Uhr verläßt sich das Haus auf heute nachmittags 2 Uhr.

Zweite Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Reichssteuervorlage.

Kurze Nachrichten.

* **Neue Verkehrsbeschränkung.** Von heute mittag 12 Uhr ab ist nach einer amtlichen Mitteilung jeglicher Verkehr mit Kraftfahrzeugen sowie mit Kraftfahrrädern von unbesetzten ins besetzte Gebiet von den Franzosen verboten worden. Von gestern abend 9 Uhr bis 6 Uhr morgens ist bis auf weiteres jeglicher Lastverkehr verboten worden.

Unter der Begründung mit **Sabotage** an der Eisenbahnstrecke Hochheim-Basel in der Nähe von Hochheim ist in der Gemarkung Hochheim der Lastverkehr vor 1/2 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh verboten worden. Der Verkehr mit Motorfahrzeugen und Fahrrädern ist Tag und Nacht verboten.

Badische Übersicht.

Der Reichskanzler

Hat bei seinem Besuche in Karlsruhe dem badischen Staatspräsidenten 50 Millionen Mark übergeben zur Hilfe in Fällen besonderer Not infolge französischer Bedrückung, namentlich durch Ausweisung.

Anlässlich der Beisetzung Schlageters

Hatten wir in unserem Berichte mitgeteilt, daß Vertreter des Staates anwesend waren: Als Vertreter des Staatspräsidenten war dem "Badischen Beobachter" zufolge Herr Oberamtmann Frank, als Vertreter des Justizministers Herr Landgerichtspräsident Gint von Freiburg anwesend. Außerdem hatte Justizminister Trunk ein herzlich gehaltenes Beileidstelegramm an den Vater Schlageters geschickt.

Abschluß des Disziplinarverfahrens gegen Professor Lenard.

Das Unterrichtsministerium hat in dem gegen Professor Renard-Haidelberg eröffneten Disziplinarverfahren auf einen Verweis erkannt. In der Begründung heißt es: „Mangelnde politische Urteilsfähigkeit mag bei einem Manne, der zu den ersten Naturforschern und erfolgreichsten Lehrern seiner Zeit gehört, verwunderlich erscheinen. Aber sie wird teilweise doch gerade in der Gelehrtennatur Renards ihre Erklärung finden können. Seine geistige Einstellung in bezug auf staatsbürgerliche Fragen einerseits und seine hervorragenden Verdienste um Wissenschaft und Lehre andererseits geben Anlaß zu einer milden Beurteilung. . . . Obgleich er durch sein Verhalten staatliche Anordnungen mißachtet, den Interessen der Universtität schwer zuwidergehandelt und sein wertvolles Institut ernstlich gefährdet hat, erscheint es hiernach gerechtfertigt, gegen Professor Renard wegen Verletzung seiner dienstlichen Pflichten lediglich auf die Ordnungsstrafe des Verweises zu erkennen.“

Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung

Ausschußversammlung der Landesversicherungsanstalt.

Am 8. und 9. Juni fand in der wegen des Neubaus geschlossenen Heilstätte Nordrach-Kolonie (Amtsbezirk Offenbura) der Landesversicherungsanstalt Baden die für das Jahr 1922 fällige, wegen der Wahlen aber verschobene, ordentliche Versammlung des neugewählten Ausschusses der Landesversicherungsanstalt in Anwesenheit des Vertreters des Herrn Arbeitsministers, Regierungsrat Freiherrn von Babo, und des Direktors des Oberversicherungsamts Karlsruhe, Geh. Reg. Rat Kess, statt.

Der Vorsitzende des Vorstands der Landesversicherungsanstalt, Präsident Jung, eröffnete die Versammlung, begrüßte die neu- und wiedergewählten Ausschußmitglieder, dankte den bisherigen Ausschußmitgliedern für ihre langjährige treue Arbeit im Dienste der Anstalt und schritt, nachdem noch das bisherige Ausschußmitglied Herr Kotthammer-Borsheim, der Kassen gebacht, zur Wahl des Vorsitzenden und Arbeitnehmersvertreter, daß künftig der Vorsitz zwischen den beiden Gruppen wechseln solle, wurde zum Vorsitzenden der Versammlung der Vertreter der Versicherten, Landtagsabgeordneter und Krankenkassenleiter Stad. Heibelberg, einmütig gewählt, der durch seine unparteiische und geschickte Leitung den Gang der Verhandlungen außerordentlich förderte.

Darnach wurden die Wahlen der vier badischen Oberversicherungsämter und sodann die Wahlen der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt vorgenommen, deren Zahl von dem Ausschuß um je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter erhöht wurde, um auch die Wahl eines Vertreters der heimlichen Gewerkschaften zu ermöglichen.

Gewählt wurden als Vertreter der Arbeitgeber die Herren: Hubert von Steffelin, in Fa. Eugen v. Steffelin, Karlsruhe, Paul Hummel, Direktor der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen, Karl Oberle, Malermeister, Karlsruhe; als Vertreter der Versicherten die Herren: Wilhelm Hof, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, Gustav Schulerburg, Geschäftsführer, Karlsruhe, Franz Stodter, Landessekretär, Karlsruhe.

Herr Kotthammer-Borsheim erstattete sodann den Rechenschaftsbericht über die Jahresrechnung 1921, welche auf seinen Antrag von der Versammlung einstimmig für unbeanstandet erklärt wurde. Hierauf wurde in der Beratung des Vorschlags für das Jahr 1922 sowie des Antrags des Gesamtvorstands wegen der Erweiterungsbauten der Heilstätte Nordrach-Kolonie eingetreten. Nach einleitenden Berichten des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt und des beamteten Vorstandsmitglieds, Oberregierungsrat Raufsch begann die Aussprache, an der sich fast alle Ausschußmitglieder lebhaft beteiligten, und die sich auf einer erheblichen Höhe bewegte. Aus allen Ausführungen sowohl der Vertreter der Arbeitgeber als auch derjenigen der Arbeitnehmer ging das ernste Bestreben hervor, der Landesversicherungsanstalt in ihrer jetzigen schweren finanziellen Lage zu helfen und die Durchführung des Heilverfahrens sowie der sonstigen freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt, welche für die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen schwer leidenden Versicherten und namentlich auch für deren Kinder von größter Bedeutung sind, möglichst zu fördern.

Die Geschäftsführung des beamteten Vorstands und seine Vorschläge bezüglich der Fortsetzung der Neubauten nach einem eingeschränkten Bauprogramm wurden durchweg gebilligt. Einzelne Beanstandungen konnten sofort aufgeklärt und dadurch beseitigt werden. Der Vorschlag und die übrigen Anträge des Vorstands der Landesversicherungsanstalt wurden einstimmig genehmigt und auf Anregung aus der Mitte der Ausschußmitglieder eine Resolution angenommen, in der eine alsbaldige Erhöhung der völlig unzureichenden Invalidenversicherungsbeiträge durch den Gesetzgeber gefordert wurde.

Der Vertreter der Arbeitgeber, Fabrikant Haas-St. Georgen, sprach dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung für die ausgezeichnete Leitung aus. Ebenso widmete Malermeister Oberle-Karlsruhe, der Beamtenchaft der Landesversicherungsanstalt für ihre aufopfernde Tätigkeit warme Worte des Dankes.

Der Vorsitzende, Landtagsabg. Stodt, schloß die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er auf die derzeitige schwere Lage Deutschlands, durch die auch die Sozialversicherung aufs äußerste gefährdet sei, hinwies und Worte warmer Vaterlandsliebe fand.

Der schöne Verlauf der Verhandlungen und das freundschaftliche Zusammenfinden außerhalb der Verhandlungen, welches die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sich auch anlässlich näherbrachte, lassen das Beste für die weitere leistungsfähige Tätigkeit des neuen Ausschusses im Dienste der Anstalt und der Versicherten hoffen.

beit im Dienste der Anstalt und schritt, nachdem noch das bisherige Ausschußmitglied Herr Kotthammer-Borsheim, der Kassen gebacht, zur Wahl des Vorsitzenden und Arbeitnehmersvertreter, daß künftig der Vorsitz zwischen den beiden Gruppen wechseln solle, wurde zum Vorsitzenden der Versammlung der Vertreter der Versicherten, Landtagsabgeordneter und Krankenkassenleiter Stad. Heibelberg, einmütig gewählt, der durch seine unparteiische und geschickte Leitung den Gang der Verhandlungen außerordentlich förderte.

Darnach wurden die Wahlen der vier badischen Oberversicherungsämter und sodann die Wahlen der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt vorgenommen, deren Zahl von dem Ausschuß um je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter erhöht wurde, um auch die Wahl eines Vertreters der heimlichen Gewerkschaften zu ermöglichen.

Gewählt wurden als Vertreter der Arbeitgeber die Herren: Hubert von Steffelin, in Fa. Eugen v. Steffelin, Karlsruhe, Paul Hummel, Direktor der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen, Karl Oberle, Malermeister, Karlsruhe; als Vertreter der Versicherten die Herren: Wilhelm Hof, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, Gustav Schulerburg, Geschäftsführer, Karlsruhe, Franz Stodter, Landessekretär, Karlsruhe.

Herr Kotthammer-Borsheim erstattete sodann den Rechenschaftsbericht über die Jahresrechnung 1921, welche auf seinen Antrag von der Versammlung einstimmig für unbeanstandet erklärt wurde. Hierauf wurde in der Beratung des Vorschlags für das Jahr 1922 sowie des Antrags des Gesamtvorstands wegen der Erweiterungsbauten der Heilstätte Nordrach-Kolonie eingetreten. Nach einleitenden Berichten des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt und des beamteten Vorstandsmitglieds, Oberregierungsrat Raufsch begann die Aussprache, an der sich fast alle Ausschußmitglieder lebhaft beteiligten, und die sich auf einer erheblichen Höhe bewegte. Aus allen Ausführungen sowohl der Vertreter der Arbeitgeber als auch derjenigen der Arbeitnehmer ging das ernste Bestreben hervor, der Landesversicherungsanstalt in ihrer jetzigen schweren finanziellen Lage zu helfen und die Durchführung des Heilverfahrens sowie der sonstigen freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt, welche für die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen schwer leidenden Versicherten und namentlich auch für deren Kinder von größter Bedeutung sind, möglichst zu fördern.

Die Geschäftsführung des beamteten Vorstands und seine Vorschläge bezüglich der Fortsetzung der Neubauten nach einem eingeschränkten Bauprogramm wurden durchweg gebilligt. Einzelne Beanstandungen konnten sofort aufgeklärt und dadurch beseitigt werden. Der Vorschlag und die übrigen Anträge des Vorstands der Landesversicherungsanstalt wurden einstimmig genehmigt und auf Anregung aus der Mitte der Ausschußmitglieder eine Resolution angenommen, in der eine alsbaldige Erhöhung der völlig unzureichenden Invalidenversicherungsbeiträge durch den Gesetzgeber gefordert wurde.

Der Vertreter der Arbeitgeber, Fabrikant Haas-St. Georgen, sprach dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung für die ausgezeichnete Leitung aus. Ebenso widmete Malermeister Oberle-Karlsruhe, der Beamtenchaft der Landesversicherungsanstalt für ihre aufopfernde Tätigkeit warme Worte des Dankes.

Der Vorsitzende, Landtagsabg. Stodt, schloß die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er auf die derzeitige schwere Lage Deutschlands, durch die auch die Sozialversicherung aufs äußerste gefährdet sei, hinwies und Worte warmer Vaterlandsliebe fand.

Der schöne Verlauf der Verhandlungen und das freundschaftliche Zusammenfinden außerhalb der Verhandlungen, welches die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sich auch anlässlich näherbrachte, lassen das Beste für die weitere leistungsfähige Tätigkeit des neuen Ausschusses im Dienste der Anstalt und der Versicherten hoffen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 13. Juni. Regierungsrat Amberger, der aus dem badischen Verwaltungsamt hervorgegangen ist und seit einigen Jahren im Reichswirtschaftsministerium tätig ist, wird in den nächsten Tagen das Amt eines Demobilisierungskommissars in Mannheim übernehmen.

Aus der Landeshauptstadt.

* **Im Wunderreich der Technik.** Die Badischen Lichtspiele, Konzerthaus, bringen einen interessanten Film und Experimentalausstellung "Die Macht der Flamme" (Cbering, Dreher-Kannover), welcher die Geleitzigkeit im Dienste der Schweißtechnik zeigt. Thermischgeschweißung von Stahlschweißschieren, das Durchschlagen einer Eisenplatte unter Wasser, die Gewinnung von Acetylen, Wasserstoff und Sauerstoff aus der Luft, Versuche mit flüssiger Luft, das Verschneiden von Schiffsanzersplatten und schließlich metallographische Untersuchung von Metallen. Wir machen auf die interessanten Darbietungen nochmals aufmerksam.

Volksschauspiel Otigheim

Aufführung: Jeden Sonntag vom 3. Juni bis Ende September 7.00 Mitwirkende

Preise: 1000-5000 Mk., Stehplatz 800 Mk.

Anfang 1/2 2 Uhr Ende 1/2 7 Uhr

Vorverkauf: Otigheim, Theaterkasse, Tel. 61, Rastatt

Verkaufsstellen Karlsruhe: Verkehrsverein, Kaiserstraße b. d. Hauptpost Herder'sche Verlagsbuchhandlung Buchhandlung Kraus, Baumeisterstr. 4 Zeitungskiosk b. Hotel Germania

Textbücher in allen Vorverkaufsstellen

Mitglieder der Theatergemeinde des B.V.B. erhalten Karten zu bedeutend ermäßigten Preisen in der Th.-Gem. Geschäftsstelle B. 518

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 14. Juni. 7-10 Uhr. Sp. I. Abt. 5000 M. Abonn. F 22. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101-2400.

König Heinrich IV.

Ruhholzverkfeigerung

Das städt. Forstamt Baden verkauft für Kleinhandwerker u. Selbstverbraucher am Donnerstag, den 21. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, in dem Geschäftszimmer des Forstamts, Schloßkellerstraße Nr. 2, aus Domänenwaldabteilungen I/3, 7, 10, 17; II/2, 3, 6, 7, 13; III/1a, 10, 11 und 14 etwa 26 fm Eichen- und 400 fm Radelstammholz aller Klassen. Die Zulassung ist abhängig von einer Bescheinigung der Handwerksorganisation oder bei Selbstverbrauchern des Bürgermeistersamts. Vorzeiger des Holztes: Für Abt. I/3-17 Forstwart Moriof, Baden-Weil; Abt. II/6 u. 7 Förster Eller, Ebersteinburg; II/2, III/1a, 13 u. 14 Oberforstwart Herrmann in Ruppheim u. Abt. III/10a, 11 Forstwart Bunsch in Oberndorf.

Donnerstag, Freitag Samstag

3 Restetage

Die in großen Mengen angesammelten Reste in Anzugstoffen, Kleiderstoffen, Waschstoffen, Bettbezugs- und Wäschestoffen, Gardinen, Lino- leum etc. kommen zu **besonders günstigen Preisen** — zum Verkauf — B. 546

W. Boländer

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:

KARLSRUHE, Karlfriedrichstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM, Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSSACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, rechter Fligel, Reitbahn

B. 169

BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.